



Wahlprüfsteine „Aktion für Ehe & Familie – DemoFürAlle“ – Antworten der ÖDP Bayern

Zu 1 Aktionsplan Queer

Frage: Ulrike Scharf (CSU), Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, will bis Ende 2025 einen „Bayerischen Aktionsplan QUEER“ vorlegen. Wir sehen in der Förderung von LSBT-Organisationen durch Steuermittel, Infrastruktur, Personal und Öffentlichkeit einen Verstoß gegen den grundgesetzlich gesicherten „besonderen Schutze“ für Ehe und Familie und gegen das staatliche Neutralitätsgebot sowie einen Eingriff in die Freiheit von Familien, Vereinen, Unternehmen etc. Der Aktionsplan darf nicht beschlossen werden.

ja nein weder noch

Unsere Mandatsträger werden ggf. prüfen, ob bei der Förderung jeglicher Organisationen, die Beratung und Hilfe anbieten (z.B. bei Diskriminierung), die geplanten Angebote dem Grundgesetz oder der Bayerischen Verfassung bzw. anderen bayerischen Bestimmungen entgegenstehen und ob alle Förderkriterien erfüllt werden.

Zu 2 geplantes Selbstbestimmungsgesetz

Frage: Das von der Bundesregierung geplante Selbstbestimmungsgesetz soll jegliche Hürden für eine Änderung des Geschlechtseintrags aufheben. Dadurch werden Schutzräume für Frauen und Mädchen abgeschafft, das Erziehungsrecht der Eltern ausgehebelt und Minderjährige zu irreversiblen Entscheidungen mit gesundheitsschädlichen Folgen durch Pubertätsblocker, gegengeschlechtliche Hormone und operativen Eingriffen verführt. Das Selbstbestimmungsgesetz soll daher nicht in Kraft treten.

ja nein weder noch

Dass das verfassungswidrige Transsexuellengesetz bald ersetzt wird, ist zu begrüßen. Die vorliegenden Entwürfe der aktuellen Bundesregierung zu einem „Selbstbestimmungsgesetz“ werden von der ÖDP jedoch kritisch gesehen. Wir treten für eine aktive Rolle der bayerischen Staatsregierung und des Landtages ein, wenn es darum geht, ein verfassungskonformes Gesetz zu dieser schwierigen Materie vorzulegen, welches die vom Bundesverfassungsgericht festgestellten Mängel der herrschenden Gesetzeslage auflösen kann, ohne wichtige Rechtsgüter wie den Gesundheitsschutz und das Erziehungsrecht der Eltern zu gefährden.

Zu 3 Eizellspende und Leihmutterchaft

Frage: Eine Kommission der Bundesregierung soll u.a. die Legalisierung von Eizellspende und Leihmutterschaft prüfen. Wir lehnen im Einklang mit der Resolution des Europäischen Parlaments vom 5. Mai 2022 die Legalisierung von Leihmutterschaft ab. Auch die Legalisierung der Eizellspende würde dieser Vorschub leisten. Die Praxis der Leihmutterschaft degradiert Frauen zu bloßen Gebärapparaten und macht Kinder zu Vertragsobjekten. Eizellspende und Leihmutterschaft müssen verboten bleiben.

ja nein weder noch

Die ÖDP lehnt in ihrem Bundespolitischen Programm unter dem Hauptteil „Leben schützen von Anfang bis Ende“ in Kap 3.5 Schutz der Ungeborenen sowohl die Eizellspende als auch die Leihmutterschaft ab.

Zu 4. Abstammungs- und Familienrecht

Frage: Die Bundesregierung will das Abstammungs- und Familienrecht überarbeiten und fiktive Rechtsinstitute, wie „Co-Mutterschaft“, „Mehr-Elternschaft“ und „Verantwortungsgemeinschaft“ einführen. Dadurch würden Mutterschaft, Kindschaft und Elternschaft rechtlich von ihrer biologischen Grundlage getrennt und dem Kind sein Recht auf Vater und Mutter genommen. Deshalb: Familie muss Familie bleiben.

ja nein weder noch

Die Fragestellung verbindet mehrere Vorhaben, für die es noch nicht einmal Regierungsentwürfe gibt. Daher ist eine präzise Stellungnahme nicht möglich. Dem Programmsatz „Familie muss Familie bleiben“ als Leitlinie für Änderungen im Abstammungs- und Familienrecht ist zuzustimmen.

Zu 5. Rechtliche Elternschaft EU-weit

Frage: Die Bundesregierung unterstützt das Vorhaben der EU-Kommission, rechtliche Elternschaft EU-weit automatisch anerkennen zu lassen, unabhängig von den jeweiligen gesetzlichen Regelungen des Mitgliedsstaates. Dadurch überschreitet die EU ihre Kompetenzen und verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip. Außerdem könnten damit „Ehe für alle“, Adoption durch homosexuelle Paare und Leihmutterschaft durch die Hintertür in der gesamten EU eingeführt werden. Eine automatische EU-weite Anerkennung rechtlicher Elternschaft darf es nicht geben.

ja nein weder noch

Die ÖDP hält das Prinzip der Subsidiarität für richtig und auf allen Ebenen für sehr wichtig. Vor allem die Familienpolitik muss jedes EU-Land weiterhin selbst bestimmen dürfen, denn in diesem Politikbereich verfügt die EU bis heute über keine vertraglich festgelegten Kompetenzen.

Zu 6. Sexualpädagogik

Frage: Die Universität Hildesheim hat nachgewiesen, dass der Sexualpädagoge Helmut Kentler minderjährige Kinder sexuell missbraucht hat. Auf ihn geht die „emanzipatorische Sexualpädagogik“ zurück, die heute flächendeckend in Kitas und Schulen angewandt wird. Diese Pädagogik ohne wissenschaftliche Grundlage geht von einer „kindlichen Sexualität“ aus, die von Geburt an aktiv zu begleiten sei. Dadurch werden Intimsphäre und Schamgefühl des Kindes verletzt und natürliche Hürden gegen sexuellen Missbrauch abgebaut. Deshalb müssen die Einflüsse von Kentlers Sexualpädagogik aus allen Bildungs- und Lehrplänen sowie pädagogischen Konzepten der bayerischen Kitas und Schulen entfernt werden.

ja nein weder noch

Die ÖDP distanziert sich deutlich von der Sexualpädagogik Helmut Kentlers, die etwa eine Entkriminalisierung von sexuellen Beziehungen zwischen Kindern und Erwachsenen zum Ziel hatte und für die Unterbringung von Jugendlichen bei vorbestraften Pädagogen verantwortlich zeichnete, und hofft auf vollständige Aufklärung des verübten Kindesmissbrauchs.

Die Behauptung, dass die Sexualpädagogik Helmut Kentlers „flächendeckend in Kitas und Schulen angewandt wird“, teilen wir nicht. Die derzeitigen Richtlinien für die Sexualerziehung in Bayern halten wir für hilfreich und ausreichend – vor allem schätzen wir die Betonung darauf, dass „Ziel, Inhalt und Form“ immer mit den Erziehungsberechtigten besprochen und diese rechtzeitig und ausreichend informiert werden müssen und somit Einfluss auf die Auswahl haben.

Wir begrüßen auch, dass jede Kita ein sexualpädagogisches Konzept erarbeiten und vorlegen muss und werden den pädagogischen Bereich immer gewissenhaft im Auge behalten.